

2020 | 1

Resilient und grün
aus der
Corona-KriseKlima und Corona:
Die doppelte Krise – Seite 2Interview zu Klimaaspekten in
der Verschuldungskrise – Seite 3Damit auch grün drin ist, wo
grün drauf steht: Prüfkriterien
für Konjunkturpakete – Seite 4

EDITORIAL

Sven Harmeling
Vorstandsmitglied
von GermanwatchIn einem turbulenten
Jahr 2020

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn Sie dieses Editorial lesen, ist die US-Wahl hoffentlich friedlich entschieden: dieses Ringen um die Zukunft der Demokratie, für oder gegen Rassismus und um eine Klimapolitik, die diesen Namen verdient. Eine auch in den USA stark gewachsene Klimabewegung sowie die eskalierende Klimakrise haben trotz Covid-19 eine ambitionierte Klimapolitik – zum Beispiel in der Art eines „Green New Deals“ – stärker ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Die erste Generation der Covid-19-Recovery-Pakete zum wirtschaftlichen Wiederaufbau wird in den allermeisten G20-Ländern allerdings dem Anspruch einer „Green Recovery“ nicht gerecht. Umso mehr müssen die Wegmarken der verbleibenden Wochen des Jahres – u. a. ein verbessertes EU-2030-Klimaziel und das Einreichen ambitionierter nationaler Klimapläne – den Menschen zeigen, dass die politischen Entscheidungsträger_innen die Antworten auf die Covid-19-Folgen und die Klimakrise zusammendenken.

Warum ich Germanwatch wichtig finde

Aarti Khosla
Direktorin der Organisation
„Climate Trends“ und des
„Global Strategic Communi-
cations Councils“ in Indien

Die ökologischen und ökonomischen Realitäten weltweit müssen zusammengedacht werden – gerade jetzt, wo wir wirtschaftliche Erholung mit der Bekämpfung der Klimakrise verknüpfen müssen. Als Klima-Kommunikationsexpertin aus Indien schätze ich die Organisation Germanwatch als Vermittlerin an der Schnittstelle zwischen den politischen Entwicklungen im Globalen Norden und den Bedürfnissen und Nuancen des Globalen Südens. Germanwatch denkt mit politischem und wissenschaftlichem Scharfsinn voraus.

In der Corona-Pandemie die
verschiedenen Krisen bewältigen

Wie wir die Resilienz unserer Gesellschaften weltweit stärken können

Im Gewitter der Corona-Krise werden die großen Verzweigungen, vor denen die Weltgesellschaft in den nächsten Monaten und Jahren steht, grell beleuchtet:

- Werden die großen wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramme den Weg in die Klimakrise zementieren oder den zügigen Ausstieg aus den Treibhausgasemissionen durch die nötigen Investitionen ermöglichen?
- Werden die Menschenrechte und die globalen Nachhaltigkeitsziele als wichtige Grundlage für die Resilienz von Gesellschaften in der Krise aufgewertet, oder als überflüssig oder gar hinderlich beiseite gewischt?
- Wird die Kluft zwischen Arm und Reich weiter verschärft oder endlich systematisch angegangen?
- Wird die EU zerrissen oder nach innen und außen handlungsfähig durch die Krise kommen?
- Werden autoritäre oder demokratische Strukturen gestärkt aus der Krise hervorgehen und was bedeutet dies für die Einflussnahme von Zivilgesellschaften?
- Wird der Multilateralismus im Strudel untergehen oder neu gestärkt und weiterentwickelt daraus hervorgehen?

Fünf Jahre nach der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens zeigen sich einige Erfolge bei der Umsetzung, etwa beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Aber es zeigt sich auch, dass die Weltgesellschaft beim Thema Gesundheit viel zu wenig zur Zielerreichung getan hat. Es zeigt sich, dass sie bei den Zielen für den Schutz von Klima und Biodiversität – also unseren Lebensgrundlagen – sogar die Probleme vergrößert hat. Und es zeigt sich, dass die Kluft zwischen Arm und Reich, die maßgeblich über die Handlungsfähigkeit von Gesellschaften entscheidet, in den meisten Staaten gewachsen und nicht geschrumpft ist. All das führt zu der absurden Situation, dass ein „Weiter so“ systematisch jede Aussicht auf ein „Weiter so“ zerstören würde.

Ein Teil der Reichen auf diesem Planeten kündigt die Solidarität mit den Armen im eigenen Land und weltweit auf. Sie ziehen sich hinter die Mauern von Gated Communities, in privaten Unis, Schulen, Krankenhäusern und Sicherheitsdiensten zurück und versuchen mit allen legalen und oft illegalen Tricks zu vermeiden, sich durch Steuerzahlungen am Gemeinwohl zu beteiligen. Der US-Wahlkampf zeigte beispielhaft, wie die systematisch Abgehängten gegen solidarische Lösungen aufgewiegelt werden – mit Parolen wie: *Wenn Ihr eine Krankenversicherung wollt, dann bezahlt Ihr für die Schwarzen und Latinos. Und: Baut Mauern um Euer Land zum Schutz gegen die noch Ärmeren.* Leave no one behind – das zentrale, transformative Versprechen der Agenda 2030 – sieht anders aus.

Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung der wirtschaftlichen Corona-Wiederaufbau-Programme in Deutschland, in der EU und weltweit richtig deutlich: Kommen sie denen zugute, die es am notwendigsten haben? Zementieren sie das Niveau der globalen Emissionen oder öffnen sie den Weg für einen zügigen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas? Die Wiederaufbaupakete werden zu einem großen Teil mit darüber entscheiden, ob wir noch eine ernsthafte Chance haben, den Anstieg der Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. Geben die Pakete etwa einer Reform von Verkehr und Landwirtschaft Schwung und bremsen so den massiven Rückgang der Biodiversität? Bahnen sie den Einstieg



#FightEveryCrisis: Die aktuellen Krisen unserer Zeit müssen zusammengedacht und bekämpft werden. Das forderte auch Fridays for Future eindrucksvoll vor dem Bundestag während des alternativen Klimastreiks im April dieses Jahr.

in eine umfassende Kreislaufwirtschaft, in der wir unseren Wohlstand nicht mehr systematisch auf Menschenrechtsverletzungen und dem Schädigen der ökologischen Mitwelt aufbauen?

Zugleich geht es darum, nun die Krisenbewältigungsfähigkeit – die Resilienz – der Gesellschaften für eine inzwischen unvermeidbar steigende Zahl weiterer Krisen zu steigern.

Erstens geht es um **soziale Resilienz**: Ungleiche und ungerechte Gesellschaften ohne lebendige Zivilgesellschaften, ohne den Schutz der Menschenrechte – gerade auch der sozialen Menschenrechte – sind weniger krisenfest. Umso dramatischer ist der schrumpfende Raum für Zivilgesellschaft vielerorts.

Zweitens geht es um **institutionelle Resilienz**: Systemrelevante gesellschaftliche Infrastrukturen und Institutionen sind für Resilienz gegenüber Krisen elementar: lokal, national, international.

Drittens geht es um **kulturelle Resilienz**. Welchem Paradigma folgen wir: dem von Profitmaximierung, Konkurrenz und Konsum oder dem der Kooperation und Gemeinwohlökonomie.

Die derzeitigen Ungewissheiten der Corona- und Klimakrise schreien danach, dass die Europäische Union und Deutschland eine Führungsrolle in diesen unterschiedlichen Politikfeldern übernehmen. Eine gute Umsetzung des Europäischen Green Deal kann dafür wegweisend sein. Die deutsche Bundesregierung und die EU-Kommission haben mit ihren großen Konjunkturprogrammen Vorschläge vorgelegt. Bisher fehlen aber sowohl wirkungsvolle Prüfmaßstäbe als auch eine Governance-Struktur für die wirkungsvolle Umsetzung, um sicherzustellen, dass sich die „Green Recovery“ nicht als „Greenwashing Recovery“ entpuppt. Bei guter Umsetzung aber können Deutschland und die EU damit Maßstäbe in puncto europäische Solidarität und Klimaschutz setzen. Ein deutsches und ein europäisches Lieferkettengesetz sind zentral, um den Schutz der Menschenrechte in der gesamten Wertschöpfungskette zu verankern.

All diese Politikentscheidungen stehen auch im Kontext der US-Wahl. Bei Redaktionsschluss dieser WEITBLICK-Ausgabe war am Morgen nach der Wahl deren Ausgang noch nicht entschieden. Ein Sieg des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Biden wäre für alle

oben angesprochenen großen Fragen nach unserer Einschätzung die bessere, wenn auch nicht perfekte, Wahl.

Mit einem Präsidenten Biden und umso mehr mit einem Präsidenten Trump sind die EU und Deutschland weiter gefordert, zuhause und international eine Führungsrolle in der Klimapolitik zu übernehmen:

- in den kritischen Verhandlungen mit China,
- bei transformativen Partnerschaften mit Ländern des globalen Südens für Klimaschutz und im Aufbau von Resilienz,
- im Rahmen stabiler Partnerschaften zu EU-Nachbarn, etwa mit der Afrikanischen Union, der Ukraine oder der Balkanregion,
- für neu konzipierte Handelsabkommen mit Zähnen für soziale und ökologische Fragen und
- für eine Lösung der neuen Verschuldungskrise, die mit dem Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen verzahnt ist.

Wir leben in spannenden Zeiten.

Christoph Bals, Rixa Schwarz & Lutz Weischer

Zu dieser Ausgabe

Die US-Präsidentschaftswahlen am 3. November werden sich in den kommenden Jahren weitreichend auf das politische Geschehen und viele der angesprochenen Themen weltweit auswirken. Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe konnte ihr Ausgang nur abgeschätzt werden. Für eine aktuelle Einschätzung der klimapolitischen Folgen besuchen Sie die Germanwatch-Webseite:

www.germanwatch.org/us-wahl-2020



Die doppelte Krise

Corona-Pandemie und Klimawandel treffen die Verwundbarsten besonders hart

Im April 2020 traf Zyklon Amphan, der schwerste tropische Wirbelsturm in der Region seit zwanzig Jahren, auf Bangladesch und Indien. Amphan zerstörte Dämme, Häuser und Fischereibetriebe, die das Leben tausender Familien sicherten. Doch bereits vor Eintreffen des Zyklons hatten viele Menschen ihre Einkommens- und Existenzgrundlage verloren, denn beide Länder kämpften zeitgleich auch mit der Eindämmung des Coronavirus und mussten strenge Abriegelungsmaßnahmen vornehmen.

Die Corona-Pandemie hat zu einer beispiellosen humanitären Krise geführt. Währenddessen macht die Klimakrise jedoch keine Pause. Das ist besonders für Länder des Globalen Südens ein Problem, da Katastrophenschutzsysteme überlastet und ohnehin knappe Notfallfonds erschöpft werden. Bangladesch und Indien stehen stellvertretend für viele Länder, die dieses Jahr unter der doppelten Krise leiden. Eine aktuelle Studie der Rotkreuz-Rothalbmond-Bewegung zeigt, dass sich von den 132 Extremwetterereignissen, die sich von Januar bis September 2020 ereigneten, neunzig mit der Corona-Pandemie überschneiden. Global waren 51,6 Millionen Menschen zeitgleich von Fluten, Dürren oder Stürmen und der Pandemie betroffen. Auch der Klima-Risiko-Index* von Germanwatch zeigt deutlich, dass Länder des Globalen Südens überproportional von Extremwetterereignissen betroffen sind, die durch den Klimawandel stärker oder häufiger auftreten. Die Weltbank schätzt, dass Covid-19 in 2020 bis zu 115 Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut stürzen könnte. 2021 könnte sich diese Zahl auf bis zu 150 Millionen erhöhen. Die Erfolge, die die am wenigsten entwickelten Länder in den letzten Jahrzehnten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung erzielen konnten,

sind laut aktuellem UN-Bericht durch Covid-19 stark bedroht. Das zeigt: Auch wenn Corona- und Klimakrise alle Menschen treffen, sind nicht alle gleichermaßen betroffen. Besonders Verwundbare – wie Arme, Ältere, Kinder, Frauen und Menschen mit Behinderung – sind im Globalen Süden beiden Risiken am stärksten ausgesetzt.

Es ist daher wichtig, die Fähigkeit und Kapazitäten zur Krisenbewältigung der besonders Verwundbaren umgehend zu stärken. Dafür sind umfassende Strategien zur finanziellen Bewältigung verschiedener Risiken, wie zum Beispiel Dürren, Erdbeben, Inflation oder Krankheiten, notwendig. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Länder mit funktionierenden sozialen Sicherungssystemen besser in der Lage sind, die Verwundbarsten der Bevölkerung zu schützen. Die Regierung Malawis unterstützt beispielsweise ärmste Bevölkerungsgruppen und kleine Unternehmen im Umgang mit den Auswirkungen von Covid-19 durch zusätzliche Zahlungen über ein Geldtransferprogramm. Auch (Klima-) Risikoversicherungen können verschiedene Risiken abfedern. Eine Lehre aus der Ebola-Epidemie 2014 war, dass neben Schwächen in den Gesundheitssystemen auch die schleppende und unvorhersehbare Finanzierung der Pandemiebewältigung verantwortlich für die langsame Reaktion betroffener Länder auf den ersten Ausbruch war. Daraufhin hat die African Risk Capacity, ein afrikanischer Pool für die Versicherung von Staaten gegen Dürreerisiken, auch eine Versicherung gegen „Ausbrüche und Epidemien“ aufgesetzt, mit der sich Länder seit dem Frühjahr 2020 gegen Gesundheitsrisiken absichern können. Leider ist Covid-19 momentan noch nicht abgedeckt. Eine entsprechende Erweiterung

wird derzeit geprüft. Wenn solche Versicherungen künftig auch unvorhergesehene neuartige Epidemien abdecken würden, könnten sie Betroffenen noch besser helfen.

Um solche Instrumente effektiv auf- und umsetzen zu können, müssen ausreichend finanzielle Mittel für die Klimaanpassung und das Klimarisikomanagement verfügbar sein. Die reichen Länder müssen jetzt Solidarität zeigen und

sich ihrer historischen Verantwortung stellen. Das bedeutet, die verwundbarsten Länder des Globalen Südens im Umgang mit beiden Krisen zu unterstützen und ihren finanziellen Zusagen nachzukommen.

Laura Schäfer & Vera Künzel

* Weitere Informationen zu den GW-Indizes: www.germanwatch.org/indizes



Seit Oktober 2020 macht das NGO-Netzwerk Climate Action Network (CAN) International mit einer Kampagne auf die Folgen der Klimakrise weltweit aufmerksam. Länderbeispiele helfen zu verstehen, was der Klimawandel bedeutet, und was nötig ist, um beispielsweise Betroffene beim Umgang zu unterstützen. Mehr unter: <https://worldwewant.climate.network/worldwewant/#WorldWeWant>

5 Dinge, die wir aus dem Umgang mit der Corona- für die Klimakrise lernen können

Die Corona-Krise ist eine weltweite Bedrohung, die nur mit schnellem, entschiedenem und zugleich umsichtigem Handeln bekämpft werden kann – wie die Klimakrise. In mancher Hinsicht unterscheiden sich die Krisen stark – zum Beispiel erstreckt sich die Klimakrise über einen längeren Zeitraum. Es wäre falsch, Erkenntnisse aus der einen direkt auf die andere zu übertragen. Allerdings macht die Corona-Krise vieles sichtbar, aus dem wir für die Klimakrise lernen können:

- **Erfolgreiche Krisenbewältigung muss wissenschaftsbasiert sein, in der Umsetzung allerdings auch Grundrechte abwägen.** In beiden Krisen zeigt die Wissenschaft, dass sich hochschaukelnde Effekte die bestehenden Kapazitäten zu überfordern drohen. Rechtzeitiges Handeln ist erforderlich, um die Folgen in einem bewältigbaren Umfang zu halten. Gleichzeitig zeigt sich die Gefahr des Leugnens von Fakten, durch das die Situation schnell außer Kontrolle geraten kann.
- **Auch für die Wirtschaft ist entschiedenes, wissenschaftsgestütztes Handeln besser.** So hat sich gezeigt, dass Staaten, die durch umfassende Maßnahmen die Infektionszahlen schnell eindämmen konnten, wirtschaftlich besser durchkamen. Dort, wo aus Sorge vor Einbußen zu lange gezögert wurde, hat die Pandemie die Wirtschaft mit voller Wucht getroffen. Die kurzfristigen Kosten des Handelns sind hoch, aber die langfristigen Kosten des Nicht-Handelns sind viel höher.
- **Man muss eine Krise als solche benennen, um sie angemessen bekämpfen zu können.** Das Verständnis als Krise ermöglicht einen



außergewöhnlichen, aber demokratisch legitimierten Handlungsmodus. Dazu gehört eine klare und ernsthafte Kommunikation von Risiken und Maßnahmen, rechtzeitiges Handeln und die Mobilisierung enormer Finanzmittel, die klug eingesetzt werden müssen. Mit drastischen Schritten zur Eindämmung der Corona-Krise schränkten Staaten die Grundrechte der Bevölkerung über Wochen massiv ein. Im Klimaschutz kann nicht jahrelang auf diese Weise vorgegangen werden – selbst, wenn der Zeitdruck sehr hoch ist. Aber auch beim Klima sind entscheidende Schritte nötig, um die Grundrechte der jungen und künftigen Generationen zu schützen.

- **Krisenbekämpfung braucht verbindliche Regeln und Solidarität.** Eine Krise, die die gesamte Gesellschaft trifft, lässt sich nicht von Einzelnen lösen, so wichtig Eigenverantwortung auch ist. Dafür braucht es klare Regeln für alle und Unterstützung für die Betroffenen durch die Politik.
- **Ohne internationale Kooperation lässt sich eine globale Krise nicht lösen.** Hier liegen zentrale Aufgaben für die UN, aber auch G7 und G20.

Vera Künzel, Laura Schäfer & Lutz Weischer

Dreischritt zur Einhaltung des 1,5°C-Limits

Klimakompatible Konjunkturprogramme, ambitionierte 2030-Klimaziele und Langfriststrategien für 2050

2020 sollte das Jahr werden, in dem alle Staaten ihre nationalen Klimaziele für 2030 nachschärfen und langfristige Klimastrategien bis 2050 vorlegen. So wurde es bereits beim Klimagipfel in Paris 2015 beschlossen, denn schon damals war klar, dass die Beiträge der Staaten bislang nicht ausreichen, um die globalen Ziele zu erreichen und die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen. Einige Zeit schien das Gelingen fragwürdig – zu sehr überlagerte die Corona-Krise alle anderen Themen. Selbst der Klimagipfel COP26, bei dem die Zielerhöhung im Mittelpunkt gestanden hätte, wurde auf 2021 verschoben.

Doch die Verschiebung des Klimagipfels ändert nichts daran: Die Deadline zur Einreichung der verbesserten nationalen Klimaziele und der Langfriststrategien beim UN-Klimasekretariat ist am 31. Dezember 2020 um Mitternacht. Nun zeigt sich, dass die meisten Staaten diese völkerrechtliche Verpflichtung ernstnehmen. Den Anfang machten einige von der Klimakrise am stärksten betroffene Länder des globalen Südens, die trotz begrenzter Ressourcen erhöhte Klimaziele einreichten. Endlich bewegen sich jetzt auch die Schwergewichte mit erheblichen Treibhausgasemissionen. Ende 2019 machte die EU mit dem Beschluss zur Treibhausgasneutralität bis 2050 den ersten Schritt. Mitte September ging sie mit dem Vorschlag der EU-Kommission, das 2030-Klimaziel auf mindestens 55 Prozent zu erhöhen, weiter voran. Damit löste sie einen Dominoeffekt aus: In den folgenden Wochen kündigten China, Südafrika, Japan und Südkorea vergleichbare Ziele an. Allein die chinesische Ankündigung dürfte bei vollständiger Umsetzung den globalen Temperaturanstieg bis 2100 um 0,2 bis 0,3°C verringern, so die Berechnungen des Climate Action Trackers.

Damit die Pariser Ziele erreichbar werden, kommt es bis zur COP26 allerdings auf einen Dreischritt an: Kurzfristig müssen die Corona-Konjunkturmaßnahmen so ausgerichtet werden, dass sie auch die Klimakrise bekämpfen, mittelfristig müssen ambitioniertere 2030-Klimaziele mit glaubwürdigen Umsetzungsmaßnahmen beschlossen werden und langfristig muss das Ziel der globalen Klimaneutralität bis spätestens 2050 besiegelt sein. Die billionenschweren Investitionsentscheidungen der Corona-Pakete könnten klimaresiliente Gesellschaften auf der Grundlage Erneuerbarer Energie schaffen. Gelingt dies nicht, droht eine bittere Klimakatastrophe. Bisherige Analysen zeigen, dass die Regierungen die globalen Klimaziele nicht hinreichend zum zentralen Bestandteil ihrer Covid-19-Konjunkturpakete machen. Zwar haben etwa die EU und Südkorea vielversprechende Pläne für Green Deals formuliert, aber die USA, Brasilien und Russland haben so gut wie keine Investitionen in den Klima- oder Umweltschutz geplant.

Die sich abzeichnende internationale Dynamik für mehr Klimaschutz muss sich 2021 verstärken. Länder, die die Frist vom 31. Dezember 2020 verpassen, müssen vor der COP26 nachliefern. Sollte Joe Biden zum US-Präsidenten gewählt werden, will er die USA wieder ins Pariser Abkommen zurückführen und zügig Ziele für 2030 und 2050 vorlegen. Mit Biden als US-Präsident würden auch wichtige internationale Gremien wie G7 und G20 wieder klimapolitisch handlungsfähig. Bei einer zweiten Trump-Amtszeit hingegen müssten die EU, China und weitere Länder andere Foren schaffen, in denen grüne und resiliente Wiederaufbauprogramme und eine ambitionierte Klimapolitik koordiniert werden.

Rixa Schwarz & Lutz Weischer

„Es wird damit etwas Zeit gekauft, aber die zugrunde liegenden strukturellen Probleme werden nicht gelöst“

Gespräch mit **Silvie Kreibiehl**, Vorstandsvorsitzende von Germanwatch und Klimafinanzierungsexpertin, über die Bedeutung von Klimaaspekten in der aktuellen Verschuldungsdebatte

Warum wird die Diskussion über Überschuldung momentan wieder intensiver geführt?

Die Corona-Pandemie hat in vielen Ländern zu einem Verlust von staatlichen Einnahmen geführt. Gleichzeitig ist der Bedarf nach kurzfristigen Ausgaben für das Gesundheitswesen und die Stützung der Wirtschaft gewachsen. Dabei war schon vor der Pandemie die Situation kritisch: 2018 erreichte die durchschnittliche Verschuldung von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen mehr als fünfzig Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts. Der Anteil des Auslandsschuldendienstes an den Staatsausgaben ist seit 2010 von rund sechs auf rund zwölf Prozent gestiegen. Es besteht also ein strukturelles Überschuldungsproblem.

Wie ordnest Du die bisher ergriffenen Maßnahmen zum Aussetzen von Schulden in der Corona-Krise ein?

Bisherige Maßnahmen der G20-Staaten, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds adressieren nur die kurzfristigen Liquiditätseffekte und nur die am wenigsten entwickelten Länder: Ihnen wurde ein Aussetzen des Schuldendienstes angeboten. Es wird damit



etwas Zeit gekauft, aber die zugrunde liegenden strukturellen Probleme werden nicht gelöst.

Wie können die strukturellen Probleme in Angriff genommen werden?

Wir müssen die Diskussion um die Restrukturierung bestehender Schulden so führen, dass dabei die durch den Klimawandel verursachten jetzigen, aber auch künftigen Herausforderungen und Investitionsbedarfe sowie das Prinzip der gerechten Transformation beachtet werden. Verletzliche Länder tragen jetzt schon höhere Finanzierungskosten als andere Staaten. Dies wird sich verstärken, da Ratingagenturen und Investor_innen Klimarisiken zu recht stärker bewerten. Das darf aber nicht die Handlungsfähigkeit der Länder bei Investitionen zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung einschränken. Wir müssen also über neue Finanzierungsmodelle sprechen, mit einem neuen Mix von privaten und öffentlichen Investor_innen und mit Instrumenten, die vermeiden, dass die weiter steigende Anzahl von Extremwetterereignissen zu Kreditstress führt. Außerdem dürfen wir nicht ausschließlich die Situation in den am wenigsten entwickelten Ländern beachten. Und wir müssen über mehr Transparenz bei der öffentlichen Finanzierung in

den Partnerländern sprechen sowie klarere Restrukturierungsprozesse. So vermeiden wir Fehler, die zur jetzigen Schuldenkrise geführt haben.

Was macht die Thematik so komplex?

Eine Restrukturierung der bestehenden Schulden, aber noch mehr die Vermeidung nicht nachhaltig strukturierter neuer Schulden, erfordern das gleichgerichtete Zusammenspiel einer Vielzahl von Akteuren. Anleger_innen in Staatsanleihen sind im Vergleich zur letzten Schuldenkrise diversifizierter und private Anleger_innen spielen eine größere Rolle. Es braucht daher eine treibende, moderierende Kraft für den Dialog zwischen allen Beteiligten.

Außerdem reden Verschuldungs- und Klimaexpert_innen bislang zu wenig miteinander. Wir brauchen aber das Wissen von beiden, um künftige klimabedingte Herausforderungen anzugehen. Regierungen und Investor_innen machen zwar Fortschritte bei der Bewertung und dem Einbeziehen von Klimarisiken, allerdings noch

nicht in einer angemessenen Weise. Daher müssen die Klimaexpert_innen sich in die Verschuldungsdebatte einmischen und klimabezogene Überlegungen hoch auf der Agenda halten.

Welchen Beitrag kann Germanwatch in dieser Debatte leisten?

Germanwatch leistet mit dem Klima-Risiko-Index einen wertvollen Beitrag, der auch in der Verschuldungsdiskussion Aufmerksamkeit für die Auswirkungen des Klimawandels schaffen kann. Viele unserer zivilgesellschaftlichen Partner, etwa im Bündnis erlassjahr.de, fordern gerechte Entschuldungs- und Umschuldungsmechanismen für vom Klimawandel besonders betroffene Länder. Germanwatch treibt Themen im Hintergrund voran und schafft Netzwerke, um breite Unterstützung für Veränderungen zu ermöglichen. So wollen wir auch die Beachtung von Klimaaspekten in der Verschuldungsdebatte voranbringen.

Das Interview führte David Eckstein

Ein neues EU-Klimaziel ist nur der erste Schritt

European Green Deal: Von der Vision zur Umsetzung

Mit dem Europäischen Green Deal verfügt die EU über eine Zielvorstellung, an der sich der Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Corona-Krise orientieren kann: Bis 2050 soll eine klimaneutrale, sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Kreislaufwirtschaft erreicht werden.

Ein wichtiger Bestandteil ist ein neues Klimaziel für 2030. Die Kommission hat dafür eine Verminderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent vorgeschlagen. Das Europäische Parlament spricht sich sogar für 60 Prozent aus. Reduktionen in dieser Größenordnung wären nicht nur erforderlich, damit die EU bis zur Mitte des Jahrhunderts klimaneutral werden kann. Sie würden auch dafür sorgen, dass der Corona-Wiederaufbau in zukunftsfähigen Bahnen verläuft.



Spätestens beim EU-Gipfel am 11. Dezember müssen die Staats- und Regierungschefs ein neues Klimaziel beschließen, damit dies noch zum fünfjährigen Jubiläum des Pariser Klimaabkommens am 12. Dezember bei den Vereinten Nationen vorgestellt und die offizielle Frist zum Jahresende gehalten werden kann.

Anschließend muss es an die Umsetzung in allen Wirtschaftssektoren gehen. Dabei setzt jede

weitere Verzögerung die internationale Klimaschutzdynamik aufs Spiel und riskiert die Möglichkeit, die anstehenden tiefgreifenden Veränderungen geplant und sozialverträglich zu organisieren.

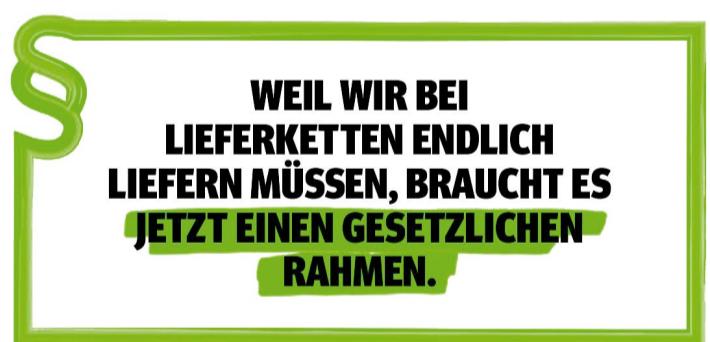
Nur wenn der Europäische Green Deal zum Maßstab für die EU-Politik in allen Bereichen wird, kann er erfolgreich sein. Ein Lichtblick ist die Ankündigung eines europäischen Gesetzes, das europäische Unternehmen in die Verantwortung für ihre Lieferketten nehmen soll. Auch in der Handelspolitik besteht Veränderungsbedarf, wie beim geplanten Mercosur-Abkommen deutlich wird. Mehrere EU-Mitgliedstaaten weigern sich, dem Abkommen zuzustimmen, solange Brasilien den Schutz des Regenwalds und der indigenen Bevölkerung nicht sicherstellt. Ungelöst bleibt aber, wie eine grundsätzliche Neuausrichtung der Handelspolitik aussehen müsste, die Klimaneutralität, Kreislaufwirtschaft und soziale Gerechtigkeit fördert.

In der Landwirtschaft wird die Lücke zwischen den Ansprüchen des Green Deals und konkreter Europapolitik am deutlichsten. Die Beschlüsse des EU-Parlaments und der Agrarminister_innen im Oktober zur Gemeinsamen Agrarpolitik für die nächsten sieben Jahre enttäuschen, denn die bisherige EU-Landwirtschaftspolitik soll fast unverändert fortgeführt werden. Dass künftig zwanzig bis dreißig Prozent der Direktzahlungen an die Landwirt_innen an Umweltvorgaben gekoppelt werden sollen, ist ein Fortschritt. Es reicht aber nicht, damit die Landwirtschaft ihren Beitrag zum Einhalten der Klimaziele leistet. Konsequenter wäre es, wenn die EU-Kommission ihren Vorschlag zugunsten einer echten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zurückziehen würde. Andernfalls muss in den kommenden Jahren mittels weiterer europäischer Rahmensetzungen in den Mitgliedstaaten mehr getan werden, damit auch in der Landwirtschaft die Klimawende gelingt.

Audrey Mathieu & Lutz Weischer

Schluss mit der Blockade von Menschenrechten und Umweltschutz in Lieferketten:

Jetzt Protest-Mail an Wirtschaftsminister Altmaier schreiben!



Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Gerade in Krisenzeiten sind ...

- Menschen am Beginn der globalen Lieferketten besonders gefährdet.
- Unternehmen krisenfester, die ihre Lieferketten kennen und auf verlässliche Partnerschaften setzen.

Auch deswegen ist ein **Gesetz erforderlich, das Unternehmen verpflichtet, Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte und Umwelt in ihren Lieferketten zu übernehmen.**

Eine Untersuchung im Auftrag der Bundesregierung zeigt: **Gerade einmal 13 bis 17 Prozent der großen deutschen Unternehmen setzen die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte freiwillig um.** Bereits im Juli hatte Bundeskanzlerin Merkel die Erarbeitung von Eckpunkten für ein Lieferkettengesetz an ihre Minister gegeben.

Auch wenn Hubertus Heil und Gerd Müller für ein Gesetz sind, hat das Kabinett das Thema unzählige Male vertagt. Grund ist die Blockadehaltung von Wirtschaftsminister Peter Altmaier: Er lehnt alles ab, was den Menschenrechtsschutz in Auslandsgeschäften tatsächlich verbessern würde.

Dabei sind die Eckpunkte nur der erste Schritt zu einem Lieferkettengesetz. Wenn das federführende Arbeitsministerium die Details ausarbeiten wird, befürchten wir erneut massiven Widerstand aus dem Wirtschaftsministerium.

Wir fordern: „Sehr geehrter Herr Altmaier, stehen Sie einem wirksamen Gesetz nicht länger im Weg!“



Machen Sie jetzt bei unserer Protest-Mail-Aktion mit:

www.germanwatch.org/de/lieferkettengesetz

Termine

■ **17.11.2020, 18-19:30 Uhr:** Diskussion „Blick nach vorn: Wie können wir vor dem Hintergrund menschengemachter Krisen im Anthropozän Zukunft gestalten?“
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/19389

■ **24.11.2020, 16:30-18 Uhr:** Vortrag „Die EU vor Gericht zu mehr Klimaschutz verpflichtet: Der People's Climate Case“ mit Caterina Freytag. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/19403

■ **28.11.2020, 11 Uhr:** Vortrag „Saul Luciano Lliuya vs. RWE“ mit Caterina Freytag und Roxana Baldrich.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/19467

■ **10.12.2020, 15-17:30 Uhr:** Workshop „BNE für 2030 – Praktische Umsetzung durch die Zivilgesellschaft“ mit Kerstin Opfer.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/18928

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderer_innen und mit anderen Akteur_innen der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer_innen. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00, BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Janina Longwitz, Rixa Schwarz, Christoph Bals, Hanna Fuhrmann, Lutz Weischer. Stand: November 2020.
Layout: Dietmar Putscher. Auflage ca. 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert von Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung sowie durch ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

Brot für die Welt

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Germanwatch Kompakt

Den Wandel gestalten. Für mehr Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.



→ Sie interessieren sich für die Arbeit und Themen von Germanwatch und möchten gern mehr erfahren?

→ Unser Newsletter liefert Ihnen mindestens einmal pro Monat News und Expertise rund um umwelt- und entwicklungspolitische Themen mit einem Fokus auf Klimapolitik und -wissenschaft, Menschenrechten und Transformation der Landwirtschaft.

→ Melden Sie sich an!

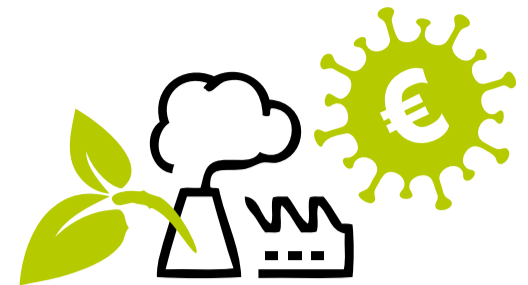
→ www.germanwatch.org/GermanwatchKompakt



Newsletter

Damit auch grün drin ist, wo grün draufsteht

Prüfkriterien müssen die Zukunftsfähigkeit von Wiederaufbauhilfen in der EU garantieren



Mit einem insgesamt 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbau- und Zukunftspass will die EU vor allem die besonders betroffenen Staaten dabei unterstützen, zukunftssicher aus der coronabedingten Wirtschaftskrise zu kommen. Gleichzeitig hat die EU mit dem Europäischen Green Deal erstmals eine engagierte Reaktion auf die Klimakrise angekündigt, detaillierte Ziele und Umsetzungspakete sollen in den nächsten Monaten beschlossen werden. Doch die derzeitigen Vergabekriterien für die wirtschaftlichen Hilfen haben noch keine klaren und überprüfbaren Nachhaltigkeitskriterien, die sicherstellen, dass auch grün drin ist, wo grün draufsteht. Wenn die massive Investitionswelle aber in die falsche Richtung weist, drohen die notwendigen Emissionsreduktionen über Jahre zu scheitern.

Um die Zukunftsfähigkeit von Investitionen zu überprüfen, hat die EU jüngst einen Prüfrahmen verabschiedet: die EU-Taxonomie-Verordnung. Diese findet Anwendung auf alle Finanzprodukte innerhalb der EU. Das hat weitreichende Folgen für alle Sektoren der Realwirtschaft: Kapitalströme, etwa für die

Finanzierung von Unternehmen, werden zukünftig von Investor_innen, Versicherungen und Banken anhand der Taxonomie-Kriterien bewertet und die Ergebnisse offengelegt. Investor_innen können dann transparente Entscheidungen über ihre Geldanlagen treffen und sie zukunftsfähig ausrichten. Der Prüfrahmen sieht vor, dass nachhaltige Investitionen mindestens einem der Umweltziele des Europäischen Green Deal (wie Klimaschutz- und -anpassung, aber auch Arten-, Wasser- und Meeresschutz, Kreislaufwirtschaft u. a.) zuzugutekommen und zugleich keinem anderen schaden dürfen. Dieses „Do No Significant Harm“-Prinzip findet bereits bei wenigen Fonds, die unter dem EU-Konjunkturpaket zusammengefasst sind, als ein Vergabekriterium Anwendung.

Die Taxonomie will aber durch die Prüfkriterien nicht nur sicherstellen, dass bereits heute als nachhaltig bezeichnete Investitionen tatsächlich grün sind. Vielmehr geht es darum, die Realwirtschaft in ihrer Transformation zu begleiten. So erlaubt die Taxonomie auch Investitionen in Wirtschaftsaktivitäten von Unternehmen, deren Geschäftsmodell aktuell

noch nicht nachhaltig ist. Voraussetzung dafür ist, dass sich das Unternehmen an klaren überprüfbaren Zielen hin zu einem zukunftsfähigen Geschäftsmodell ausrichtet. Dies erlaubt es, auch energieintensive Unternehmen im Zuge der dringend notwendigen Transformation zu unterstützen. Entwickelt wurde dieser Prüfrahmen ursprünglich für private Investitionen, kann und muss aber auch auf öffentliche Investitionen, wie die Wirtschaftshilfen, angewendet werden.

Die Bewältigung der Covid-19 Pandemie darf das Erreichen der EU-Klimaziele nicht gefährden, indem sie fossile Strukturen zementiert. Sie kann aber den wirtschaftlichen Wiederaufbau so voranbringen, dass sie dringend notwendige Investitionen in das klimafreundliche Europa von morgen ermöglicht. Das bedeutet, die Auszahlungen aus dem EU-Wiederaufbaufonds an die Mitgliedstaaten konsequent an den Prüfkriterien für nachhaltige Investitionen auszurichten und die transformative Wirkung dieses Instruments zu nutzen.

Franziska Marten, Milena Ostrower & Luisa Hübschen

Was ist die EU-Taxonomie?

Die EU-Taxonomie ist eine Liste von Wirtschaftstätigkeiten und relevanten Kriterien zur Überprüfung ihres Beitrags zu sechs Umweltzielen



Die Taxonomie ist ...	Die Taxonomie ist kein(e) ...
eine Liste von wirtschaftlichen Aktivitäten und relevanten Kriterien	Rating von guten und schlechten Unternehmen
flexibel anzupassen an verschiedene Investmentstile und -strategien	verpflichtende Investmentliste
basierend auf den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und industriellen Erfahrungen	Beurteilung der finanziellen Performance einer Investition – es geht ausschließlich um deren Umweltleistung
dynamisch und berücksichtigt technologischen Wandel, Wissenschaft, neue Aktivitäten und Daten	unflexibles oder starres Instrument

Die Abbildung wurde auf Grundlage des „Supplementary Report 2019“ der Technical Expert Group on Sustainable Finance erstellt.

Umweltziele

1. Klimaschutz
2. Anpassung an den Klimawandel
3. Nachhaltige Nutzung und Schutz der Wasser- und Meeresressourcen
4. Übergang zur Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung und Recycling
5. Vermeidung und Kontrolle der Umweltverschmutzung
6. Schutz gesunder Ökosysteme

Für einen grünen und nachhaltigen Aufschwung nach der Corona-Krise

Entwicklungsbanken sichern verstärktes Engagement für Klimaschutz, Biodiversität und Gesundheit zu

Erstmals hat am 12. November mit dem „Finance in Common Summit“ in Paris ein globaler Gipfel alle Entwicklungsbanken zumindest digital an einen Tisch gebracht. In diesem Jahr – dem ersten ohne UN-Klimagipfel seit 1995 – ist dieses Ereignis auch deshalb bedeutsam, weil die öffentlich finanzierten Banken für den Kraftakt eines globalen wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach der Corona-Krise, der auch den Klimaschutz voranbringen und die Fähigkeit zur Bewältigung künftiger Krisen verbessern soll, eine wichtige Rolle spielen.

Rund 450 öffentliche Finanzinstitute wurden zum Bankengipfel geladen. Darunter waren neben nationalen Förder- und Entwicklungsbanken aus aller Welt wie der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auch die multilateralen Entwicklungsbanken wie die Weltbank oder die Europäische Investitionsbank. Der Gipfel brachte ein Finanzvolumen zusammen,

das etwa zehn Prozent aller jährlichen globalen Investitionen entspricht. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Banken festgehalten, dass sie einen grünen und nachhaltigen Wiederaufbau unterstützen.

In der Erklärung sichern die Banken verstärktes Engagement zu Themen wie Klimaschutz, Biodiversität und Gesundheit zu – alles drei Grundstützen resilienter Gesellschaften. Bis zur nächsten UN-Klimakonferenz wollen die Banken Strategien und Methoden entwickeln, die ihre Finanzflüsse mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang bringen. Das bedeutet: Sie wollen sicherstellen, dass zukünftige Aktivitäten nur emissionsarme und klimaresiliente Entwicklungspfade unterstützen oder zumindest nicht behindern. Das ist dringend nötig, denn während Entwicklungsbanken schon heute einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung klimafreundlicher Investitionen leisten, fördern sie

auch weiterhin viele klimaschädliche Projekte.

Die Erklärung ist ein wichtiger erster Schritt. Es wird jedoch auf die Umsetzung ihrer Ziele ankommen. So hatten etwa sechs multilaterale Entwicklungsbanken bereits 2017 angekündigt, ihre Finanzflüsse mit dem Pariser Abkommen zu harmonisieren. Doch bisher hat lediglich die Europäische Investitionsbank ihre Richtlinien diesem Ziel entsprechend angepasst.

Fortschritte der Banken werden auf dem für 2021 geplanten Folgegipfel zu bewerten sein. Hier ist auch die Bundesregierung in der Pflicht, da sie Mandate und Strategien der öffentlichen Banken mitbestimmt – eine von vielen Rollen, in denen sich Deutschland für einen global gerechten, grünen und nachhaltigen Wiederaufbau einsetzen kann und muss.

Sophie Fuchs & Martin Voß